

Brüssel, den 31. Oktober 2023 (OR. en)

14502/23

Interinstitutionelles Dossier: 2022/0132/B(COD)

CODEC 1951 VISA 211 FRONT 331 MIGR 350 COMIX 478

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.:	Entwurf einer VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1683/95 des Rates im Hinblick auf die Digitalisierung des Visumverfahrens (erste Lesung)
	 Annahme des Gesetzgebungsakts

- 1. Die <u>Kommission</u> hat dem Rat ihren Vorschlag¹, der sich auf Artikel 77 Absatz 2 Buchstabe a und Artikel 79 Absatz 2 Buchstabe a AEUV stützt, am 27. April 2022 übermittelt.
- 2. Der <u>Europäische Datenschutzbeauftragte</u> hat am 21. Juni 2022 seine Stellungnahme abgegeben.²
- 3. Der <u>Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss</u> hat seine Stellungnahme am 26. Oktober 2022 abgegeben.³
- 4. Das <u>Europäische Parlament</u> hat am 18. Oktober 2023 seinen Standpunkt in erster Lesung zu dem Kommissionsvorschlag festgelegt. Das Ergebnis der Abstimmung im Europäischen Parlament entspricht dem zwischen den Organen ausgehandelten Kompromiss und sollte somit für den Rat annehmbar sein.⁴

14502/23 vw/HS/rp 1 GIP.INST **DE**

Dok. 8568/22 + ADD 1-ADD 3.

² ABl. C 277 vom 19.7.2022, S. 7.

³ ABl. C 75 vom 28.2.2023, S. 150.

⁴ Dok. 14240/23.

- 5. Der <u>Ausschuss der Ständigen Vertreter</u> wird daher gebeten, seine Zustimmung zu bestätigen und dem <u>Rat</u>⁵ zu empfehlen, dass er den Standpunkt des Europäischen Parlaments in der Fassung des Dokuments PE-CONS 45/23 auf einer seiner nächsten Tagungen als A-Punkt billigt.
- 6. Billigt der <u>Rat</u> den Standpunkt des Europäischen Parlaments, so ist der Gesetzgebungsakt erlassen.

Nach der Unterzeichnung durch die Präsidentin des Europäischen Parlaments und den Präsidenten des Rates wird der Gesetzgebungsakt im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht.

14502/23 vw/HS/rp 2 GIP.INST **DF**.

_

Diese Verordnung stellt eine Weiterentwicklung der Bestimmungen des Schengen-Besitzstands dar, an denen sich Irland gemäß dem Beschluss 2002/192/EG des Rates nicht beteiligt; Irland beteiligt sich daher nicht an der Annahme dieser Verordnung und ist weder durch diese Verordnung gebunden noch zu ihrer Anwendung verpflichtet.